

"Wer A-tomkraft sagt, muss auch B-drohung sagen!" : Die Anti-AKW-Bewegung in der Ostschweiz

Autor(en): **Meier, Esther**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Historischer Verein des Kantons St. Gallen**

Band (Jahr): **156 (2016)**

PDF erstellt am: **31.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-946307>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«WER A-TOMKRAFT SAGT, MUSS AUCH B-DROHUNG SAGEN!»¹

DIE ANTI-AKW-BEWEGUNG IN DER OSTSCHWEIZ

Esther Meier

Ein Kernkraftwerk im Rheintal?

Fast hätte auch der Kanton St. Gallen den «Schritt ins Atomzeitalter»² getan, als die Nordostschweizerische Kraftwerke AG (NOK) 1966 beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement eine Standortbewilligung für ein Kernkraftwerk (KKW)³ in der Rheintaler Gemeinde Rüthi beantragte.⁴ Als Prestigeprojekt des damaligen Regierungsrates und «Vater des Autobahnbaus», Simon Frick (FDP), stand das KKW Rüthi parabelhaft für die vorherrschende Planungseuphorie der Nachkriegszeit. Von Anfang an als Projektvariante zu Beznau II ausgelegt, entschied sich die NOK im Dezember 1967 aus Kostengründen vorerst gegen den St. Galler Standort.⁵ Trotzdem blieb Rüthi als potentieller KKW-Standort im Rennen und bestimmte bis in die frühen 1990er-Jahre den Ostschweizer Kernkraftdiskurs mit.

Keine Atomwaffen für die Schweiz!

Wie in der restlichen Schweiz, formierte sich auch in der Ostschweiz vor 1970 keine Opposition gegen die «friedliche» Nutzung der Kernenergie. Selbst die partielle Kern-

schmelze des Forschungsreaktors im waadtländischen Lucens 1969 erschütterte die mehrheitlich positive Grundhaltung der Bevölkerung zur zivilen Kernkraftnutzung kaum. Die Anti-Atomwaffen-Bewegung der 1950er- und 1960er-Jahre kann in ihrer friedlichen Protestkultur (Ostermärsche) zwar durchaus als Vorläuferin der späteren Anti-AKW-Bewegung betrachtet werden, argumentierte jedoch noch ganz im Rahmen des vorherrschenden Fortschrittsparadigmas und trat ausdrücklich für die zivile Verwendung der Kernenergie ein.⁶ Die Debatte im Vorfeld der Atominitiativen von 1958 und 1962 entwickelte sich deshalb noch vornehmlich entlang der Diskursfelder des Kalten Krieges, der christlich-humanitären Tradition der Schweiz sowie des Topos der «wehrhaften Schweiz» – Letzteres als Synthese der Geistigen Landesverteidigung und der Techniqueuphorie der Nachkriegszeit. Als einzige argumentative Verbindung zwischen der Anti-Atombomben- und der späteren Anti-AKW-Bewegung ist das Eintreten für das direktdemokratische Selbstbestimmungsrecht auch in Atomfragen anzuführen.⁷

Auch die personelle Kontinuität zwischen den beiden Bewegungen war gering. Paul Steiner und Fridolin Trüb bestätigten mit ihrem Engagement sowohl bei den «St. Galler Freunden der Schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung» als auch später im Verein «AKW Rüthi Nein», beziehungsweise «AKW-GegnerInnen St. Gallen», als Ausnahmen die Regel.⁸

Vorarlberg wehrt sich

Im März 1972 präsentierte der Club of Rome anlässlich des «St. Gallen Symposiums» an der Hochschule St. Gallen (HSG) die Studie «Die Grenzen des Wachstums», welche aus einer kritischen Haltung heraus den Umweltdiskurs der nachfolgenden Jahre entscheidend prägte.⁹

1 Bannerspruch an der Demonstration am 24. Mai 1986, in: *Pressearchiv St. Gallen, Dossier Nr. 2011 Rüthi Nein.*

2 *StaatsASt. Gallen, ARR B 2.*

3 Die von der Anti AKW-Bewegung geprägten Begriffe «Atomkraftwerk» (AKW) und «Atomkraft» werden nachfolgend nur im Zusammenhang derselben verwendet.

4 *StaatsASt. Gallen, ARR B 2.*

5 *StaatsASt. Gallen, ARR B 2.*

6 Kupper, Patrick: *Atomenergie und gespaltene Gesellschaft, Zürich 2003, S. 107–114.*

7 *Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz (AFGO), AFGO.090, F. Trüb.*

8 *AFGO.090, F. Trüb.*

9 Tanner, Jakob: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 401.*

Keine Atomwaffen für die Schweiz!

Sichert das Entscheidungs-
recht des Volkes über
eine atomare Aufrüstung

Beteiligt Euch am Ostermarsch

der Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung
am 13./14. April 1962

Anmeldungen sind zu richten an
Fredí Walder Rautihalde 33 Zürich 48 Telefon 623375
wo auch alle Auskünfte erhältlich sind.

Postcheckkonto VIII 32335



Aufruf zum Ostermarsch. Flugblatt der «Arbeitsgemeinschaft der Jugend gegen atomare Aufrüstung», 1962. Quelle: Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz, AFGO.090, Vorlass Fridolin Trüb.

Die Anti-AKW-Bewegung verband Herrschafts- und Wachstums- kritik. Inserat, undatiert. Quelle: AFGO.040, Archiv PFG/OFRA.

Nur zwei Monate später ersuchte die NOK die St. Galler Regierung um Zustimmung für eine Leistungssteigerung des Reaktors in Rütli.¹⁰ Zwischenzeitlich waren die Kernkraftwerke Beznau I (1969), Beznau II (1971) und Mühleberg (1972) ohne nennenswerte Proteste ans Netz gegangen.¹¹

Gegen das Projekt Rütli regte sich ab dem Sommer 1972 erstmals organisierter Widerstand, und zwar aus dem Österreichischen Bundesland Vorarlberg. Die konservative Landesregierung und eine Reihe von Verbänden¹² intervenierten sowohl bei der St. Galler Regierung als auch direkt beim Bundesrat. Hauptkritikpunkte waren die befürchteten Immissionen und die für den Fremdenverkehr starke Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den vorgesehenen Kühlturm.¹³ Inzwischen hatte sich auch lokaler Widerstand formiert, beispielsweise in Form des «Aktionskomitee Gesunder Lebensraum Rheintal» oder der Resolution der Bürgerversammlung in Oberriet (1973) gegen das KKW Rütli, das dem Umweltschutzgedanken widerspreche, «weil eine radioaktive Verseuchung, sei sie nun akut oder schleichend, nicht rückgängig gemacht»¹⁴ werden könne.

Ein weiterer, unerwarteter Rückschlag für das Projekt Rütli folgte Mitte 1973, als die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) das KKW Rütli aufgrund der möglichen Beeinträchtigung eines Schutzobjektes von nationaler Bedeutung (Alpsteingebiet) dem Bundesrat zur Ablehnung empfahl.¹⁵ Diese erstmalige Kritik der ENHK an einem KKW-Projekt widerspiegelt die veränderte Einstellung der Naturschutzorganisationen zur Kernkraft, die sich ab 1969 infolge der Gewässerschutz-Debatte abzuzeichnen begann.

10 StaatsAST. Gallen, ARR B 2.

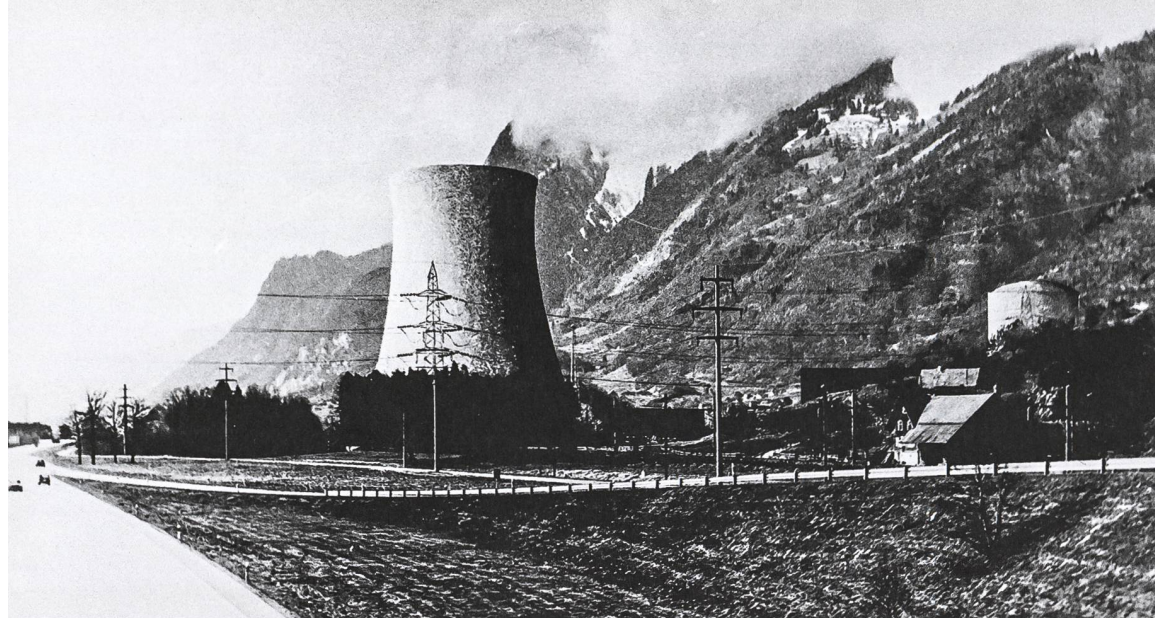
11 Kupper (wie Anm. 6), S. 107.

12 1972: Verkehrsverband Vorarlberger Oberland; Aktion Österreich-Europa Vorarlberger Heimatbund; Weltbund zum Schutz des Lebens, Landesverband Vorarlberg. 1974: Vorarlberger Gemeindeverband; Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg; Österreichischer Gewerkschaftsbund.

13 StaatsAST. Gallen, A 160/06209.

14 StaatsAST. Gallen, A 263/30.

15 StaatsAST. Gallen, A 263/30.



Modell des AKW Rütli. Photomontage, ca. 1972. Quelle: StaatsAST. Gallen, A160/6209 I.

Zweigleisig unterwegs

Fast zeitgleich wurden 1974 zwei kantonale Gesetzesinitiativen lanciert, die «Kantonale Initiative gegen den unverantwortlichen Atomkraftwerkbau» der Progressiven Organisationen St. Gallen (POSG) und das «Initiativbegehren für eine massvolle Energiepolitik», dessen überparteiliches Aktionskomitee sich grösstenteils aus Mitgliedern des Landesrings der Unabhängigen (LdU), «Abweichlern» der grossen Parteien sowie Vertretern von Naturschutzverbänden zusammensetzte.¹⁶ Beide Komitees bekannten sich in der Öffentlichkeit nicht grundsätzlich gegen den Bau von Kernkraftwerken, sondern nur, wie es die POSG formulierte, gegen «deren überstürzten und unkoordinierten Bau im jetzigen Zeitpunkt».¹⁷ Der Wandel vom Widerstand gegen ein spezifisches KKW, in diesem Fall Rütli, zum öffentlichen Bekenntnis gegen die Kernenergie per se vollzog sich erst in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre.

Diese zwei Initiativen verweisen bereits auf die zwei Epizentren der Ostschweizer Widerstandsbewegung gegen die Atomkraft: Aus dem Komitee der Energieinitiative formierte sich 1975 der Verein «AKW Rütli Nein» (ARN), der durch Exponenten wie die Nationalräte Franz Jaeger

(LdU) oder Hans Schmid (SP) eine stärkere parlamentarische Prägung erhielt.¹⁸ Der 1977 ins Leben gerufene Verein «Atomkraftwerkgegner St. Gallen» (später: «AKW-GegnerInnen St. Gallen») positionierte sich als vergleichsweise loser Zusammenschluss von Personen der Ökologiebewegung, dem links-feministischen Umfeld sowie ausschliesslich thematisch Aktiven.¹⁹ Dessen geringe organisatorische Stabilität ging einher mit einer hohen «Mobilisierungskonjunktur», welche stark von der Themenaktualität und den Kapazitäten der Mitglieder abhängig war. Gemäss den ehemaligen Aktivisten Patrick Ziltener und Thomas Schwager relativierte sich dieses Handicap jedoch durch die hohe personelle Vernetzung mit anderen Basisbewegungen, wie beispielsweise dem «M[igros]-Frühling» sowie Alternativparteien wie der OFRA/PFG oder der 1983 gegründeten Grünen Alternativen St. Gallen (GRAS).²⁰

Der Bezugsrahmen der «AKW-GegnerInnen St. Gallen» war seit ihrer Gründung transnational ausgerichtet, denn «die Gefährdung durch Atomanlagen macht vor keiner Grenze halt. Deshalb darf man sich im Kampf dagegen nicht auf die nationalen Grenzen verlassen».²¹ Die Teilnahme an Kundgebungen gegen die Stationierung von Atomraketen in Mutlangen (BRD), an den Protesten gegen Kaiseraugst und Gösgen oder gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (BRD) in den frühen 1980er-Jahren waren massgebend für die Mobilisierung, Identitätsbildung und transeuropäische Vernetzung der Ökologiebewegung. Zwar unterstützte man, trotz Skepsis gegenüber den parlamentarischen Instrumenten, nationale und kantonale Anti-Atominitiativen; der Hauptfokus blieb jedoch auf ausserparlamentarische Aktionen gerichtet.²²

Insofern blieben die Berührungspunkte zwischen dem Verein ARN und den AKW-Gegnerinnen und -gegnern gering, auch weil sich nicht alle Vertreterinnen und Vertreter des ARN grundsätzlich gegen die Atomenergie po-

16 Beide Begehren kamen nicht zur Abstimmung, da sie der Grosse Rat des Kantons St. Gallen auf Antrag der Regierung für rechtswidrig erklärte; vgl. Pressearchiv St. Gallen, Dossier Nr. 2011, Rütli Nein.

17 Pressearchiv St. Gallen, Dossier Nr. 2011, Rütli Nein.

18 StaatsAST. Gallen, W116.

19 Gespräch mit Herta Lendenmann, November 2015.

20 Gespräche mit Thomas Schwager und Patrick Ziltener, November 2015.

21 Unterlagen Patrick Ziltener.

22 AFGO.045/275.

sitionierten. «Aber man traf sich in Gösgen», wie Richard Faust, ehemaliger Präsident der AKW-Gegnerinnen und -gegner St. Gallen, resümiert.²³

Opponiert – fichiert

Sowohl die AKW-Gegnerinnen und -gegner als auch – in geringerem Ausmass – der Verein ARN gerieten aufgrund ihrer Aktivitäten ins Visier des Staatsschutzes, der die Aktionen fichierte.

«Der Grund für unsere Fichierung war allerdings weniger das Engagement gegen die Kernkraft, als vielmehr ein von der bürgerlichen Norm abweichender Lebenswandel. Zum Beispiel das Wohnen in Kommunen oder Ostkonakten», erinnert sich Herta Lendenmann.²⁴

Ob es nun der unverhältnismässige Polizeieinsatz gegen AKW-Gegner in Bad Ragaz im Juni 1986 war, die wiederholten Ungültigkeitserklärungen von kantonalen und städtischen Anti-Atominitiativen oder das NOK-Verwaltungsratsmandat des St. Galler Regierungsrats Willi Geiger (FDP): Durch das Vorgehen der politischen Behörden schien sich die düstere Vision eines autokratischen «Atomstaates»²⁵ (Jungk) zu bewahrheiten. Die Debatte um die Kernenergie vollzog sich massgeblich im Spannungsfeld von Demokratie und Überwachungsstaat. Der Konflikt

zwischen basisdemokratischer Bewegung und politischem Establishment entbrannte insbesondere auch an der SP, welche bis in die 1980er-Jahre in der Atomfrage gespalten war. Am Parteitag der SP St. Gallen sprachen sich die Delegierten mehrheitlich für die Unterstützung der Initiative «Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» aus, während die St. Galler SP-Nationalräte im Parlament dagegen gestimmt hatten.²⁶

Der GAU wird Realität

Gut einen Monat nachdem das Schweizer Stimmvolk die «Atomschutz-Initiative» nur knapp verworfen hatte, ereignete sich im März 1979 im amerikanischen KKW Three Mile Island (Harrisburg) eine partielle Kernschmelze. Die Hollywood-Produktionen «Das China-Syndrom» (1979) und «Silkwood» (1983), welche die Aufdeckung von vertuschten Unfällen in Kernkraftwerken thematisierten, visualisierten publikumswirksam die Gefahren der zivilen Kernenergienutzung.²⁷

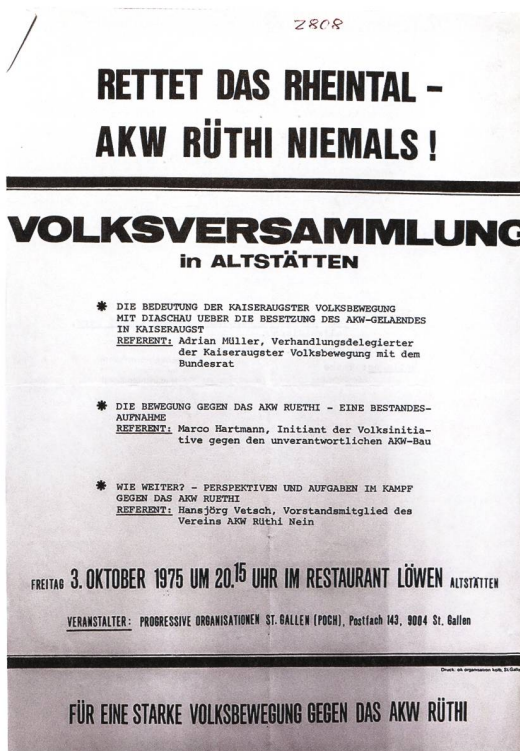
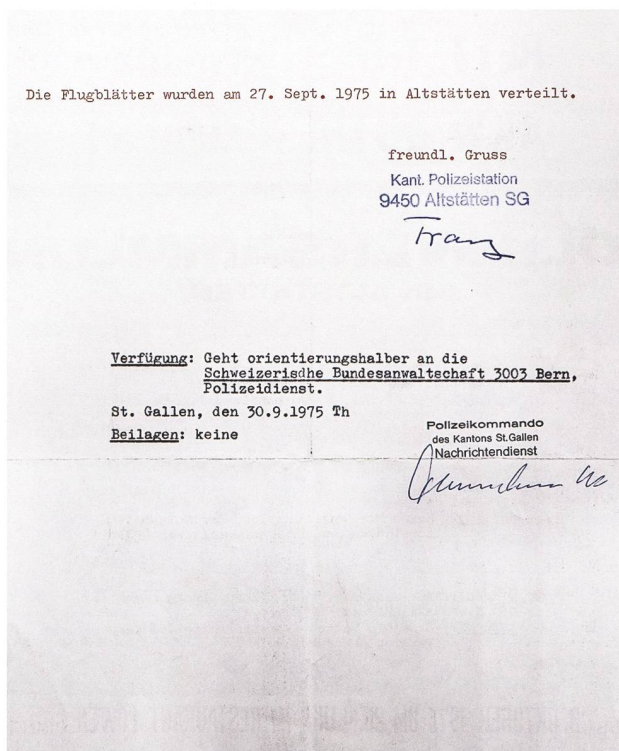
23 Gespräch mit Richard Faust, Oktober 2015.

24 Gespräch mit Herta Lendenmann, November 2015, und Richard Faust, Oktober 2015.

25 Jungk, Robert: Der Atomstaat, München 1977.

26 Pressearchiv St. Gallen, Dossier Nr. 4001 Atomenergie.

27 Spiegel, 36. Jg. (1984), Nr. 14 (2. April), S. 245–251.



Auch der Verein ARN geriet zusammen mit der POCH ins Visier des Staatsschutzes. Flugblatt, Vorder- und Rückseite, 1975. Quelle: StaatsASt. Gallen, A160/06208.

Am 26. April 1986 trat im sowjetischen Kernkraftwerk in Tschernobyl dann «der grosse Unfall [ein], der sich laut Atomindustrie nicht ereignen kann»²⁸ und vor dem die AKW-Gegnerinnen und -gegner schon jahrelang gewarnt hatten. Der Super-GAU (grösster anzunehmender Unfall) in der Sowjetunion «reaktivierte» die Anti-AKW-Bewegung und mobilisierte darüber hinaus breitere Bevölkerungsschichten. Tschernobyl strahlte, im wörtlichsten Sinne, bis in den Alltag der Ostschweizerinnen und Ostschweizer aus: In der Bevölkerung herrschte Verunsicherung; die Behörden versuchten zu beschwichtigen. Als die AKW-Gegnerinnen und -gegner an einem Marktstand unverstrahltes Gemüse (Karotten) anboten, wurde die Aktion innert einer Viertelstunde von der Polizei beendet.²⁹ Knapp 1500 Personen nahmen am 24. Mai an der «Protestkundgebung gegen Tschernobyl» teil und forderten den vollständigen Atom-Ausstieg der Schweiz. An der ersten Vollversammlung des reaktivierten Vereins «AKW-GegnerInnen St. Gallen» fanden sich am 12. Juni rund 70 Personen in der Grabenhalle ein.³⁰ Der unmittelbare Mobilisierungseffekt verpuffte zwar bald, jedoch hatte die Kernenergie nachhaltig an Akzeptanz in der Bevölkerung verloren.

«Unsere (Radio-)Aktivität ist unsere Stärke»³¹

Zusammen mit Naturschutzvereinen, Linksparteien und dem LdU lancierten die «AKW-GegnerInnen St. Gallen» im Sommer 1986 die städtische Initiative «Zukunft ohne Atomstrom», die wiederum als rechtswidrig zurückgewiesen wurde und erst nach einem Bundesgerichtsentscheid 1993 zur Abstimmung kam. Der Hauptfokus der Bewegung lag aber weiterhin in ausserparlamentarischen, friedlichen Protestformen, welche die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung zum Ziel hatten. Zu den aufsehenerregendsten zählte die nächtliche Aktion in Hemberg, dem Wohnort des atomfreundlichen Nationalrates Georg Nef (FDP). Da dieser öffentlich verkündet hatte, er wäre bereit, den angeblich ungefährlichen Atommüll in seinem Garten zu lagern, brachten die AKW-Gegnerinnen und -gegner fingierte Plakate der NAGRA an: «Ihr Nationalrat und Gemeindeammann Georg Nef hat sich freundlicherweise zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle in seinem Garten zur Verfügung gestellt.»³² Anfänglich anonym, bekannte man sich aufgrund der grossen

28 AFGO.045/275.

29 Gespräch mit Hansueli Stettler, November 2015.

30 AFGO.404, PFG/OFRA.

31 AFGO.045/275.

32 Pressearchiv St. Gallen, Dossier Nr. 2011, Rüthi Nein.

33 AFGO.045/275.

34 AFGO.045/275.

35 StaatsAST. Gallen, W116.



«Es gibt keine friedliche Radioaktivität. Radioaktivität ist immer ein Krieg gegen das Leben.» Flugblatt, 1986. Quelle: AFGO.045/275, Dokumentation Politik.

Medienresonanz nachträglich zur Aktion.³³ Im Dezember 1986 besetzten 18 St. Galler AKW-Gegnerinnen und -gegner, angemeldet unter dem Namen «St. Galler Energieforum», eine Nacht lang den Besucherpavillon des Kernkraftwerks Gösgen, bevor die Protestaktion am frühen Morgen von der Solothurner Polizei aufgelöst wurde.³⁴

Schluss damit!

Mit der Moratoriumsinitiative wurde 1990 erstmals eine Atominitiative an der Urne angenommen und setzte dem weiteren Bau von Kernkraftwerken in der Schweiz ein vorläufiges Ende. Im Abstimmungskampf lieferte auch das KKW Rütli zum letzten Mal die lokale Bedrohungs-kulisse, obwohl die Projektierungsarbeiten bereits 1980, im Vorfeld der damaligen Regierungswahlen, eingestellt worden waren.³⁵ Da die gleichzeitig vorgelegte Ausstiegsinitiative keine Mehrheit fand, verschob sich der Fokus der Anti-AKW-Bewegung von den geplanten zu den bestehenden Kernkraftwerken. Nach 1991 verlor einerseits die Atomfrage – auch infolge der obsolet gewordenen Drohkulisse eines «heissen», atomaren Krieges – an gesellschaftlicher Relevanz. Andererseits hatte sich die Anti-AKW-Bewegung teilweise in die 1987 gegründete Grüne Partei Schweiz integriert und in ihr organisiert.